

DEUTSCHE BAUZEITUNG

59. JAHRGANG * № 53 * BERLIN, DEN 4. JULI 1925

HERAUSGEBER: PROFESSOR ERICH BLUNCK, ARCH.
SCHRIFTFLEITER: REG.-BAUMEISTER a. D. FRITZ EISELEN.

Alle Rechte vorbehalten. — Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

Die Unterbringung der Besatzung im Rheinland.

Mit Beispielen von Wohnungsbauten für die britische Besatzung in Köln.
(Ausführung nach Entwürfen versch. Architekten durch das Besatzungsbauamt Köln unter Leitung des Verfassers.)

Von Baurat Niggemeyer in Köln. (Hierzu eine Bildbeilage.)



Seit Monaten steht die Räumung der ersten rheinischen Besatzungszone, der sog. Kölner Zone im Vordergrund des Interesses. Die Sieger von 1918 haben geglaubt, sie zum vereinbarten Zeitpunkt verweigern zu können, und so blieb dem wehrlosen Deutschland nichts übrig, als ohnmächtigen Einspruch zu erheben und die Hoffnung zu nähren, daß die Befreiung dieses leiderprobten Landesteiles gleichzeitig mit der Räumung des Ruhrgebietes erfolgt (jetzt angeblich am 16. Aug.! Die Schriftl.). Dieser Anlaß legt es nahe, einen Blick zurückzuwerfen auf die nunmehr vergangenen ersten sechs Besatzungsjahre, und die Auswirkung der Besetzung auf dem Gebiete des Bauwesens und des Wohnungswesens kurz zu betrachten.

Unter den drückenden Lasten, die das Diktat von Versailles dem Deutschen Reiche auferlegt hat, stehen die Aufwendungen für die Unterbringung der Besatzungsarmee und der Interalliierten Verwaltungsorgane nicht an letzter Stelle. Sie machten sich um so schwerer fühlbar, als sie zu einer Wohnungsnot hinzukamen, die sich vom ersten Kriegsjahre an entwickelt und von Jahr zu Jahr gesteigert und an sich schon Schwierigkeiten in einem bis dahin unbekanntem Maße geschaffen hatte.

Im Dezember 1918, als die ersten Besatzungstruppen in die Rheinlande einrückten, herrschte trotzdem die Ansicht vor, daß die Unterkunftsfrage der Besatzung keine besondere Sorge bereiten würde. Die deutschen Truppen waren abgerückt. Auch die Garnisonverwaltung hatte sich über den Rhein verfügt, da sie nicht wußte, welches Schicksal ihr der Gegner bereiten würde. Die deutsche Garnison hatte aber schon in Friedenszeiten eine größere Stärke gehabt, als sonst irgendwo im Deutschen Reiche, und so war eine ausgiebige Zahl von Kasernen, Dienstwohnhäusern für Militärpersonen, Garnisonverwaltungsgebäuden und sonstigen militärischen Anlagen verfügbar, und eine Besatzungsarmee, die völlig ausreichte, das entwaffnete Deutschland hinter dem starken Rheinhindernis in Schach zu halten, konnte offensichtlich bequem Unterkunft finden.

Die vorrückende Armee dachte anders. Bereits die ersten Tage zeigten, daß sie nicht gewillt war, ihre Anforderungen den vorliegenden Verhältnissen anzupassen; sie gab vielmehr die Absicht zu erkennen, nicht eine friedensmäßige Garnison in die Rheinlande zu legen, sondern sie ging ganz kriegsmäßig vor und setzte sich zunächst an den strategisch wichtigen Punkten fest, besetzte ringförmig um den Kern größerer Städte herum die Vororte und ländlichen Ortschaften, nistete Truppenkörper in der Umgebung der Rheinbrücken und längs der rückwärtigen Verkehrsverbindungen ein, ließ die vorhandenen militärischen Anlagen in Garnison-



Abb. 1. Drei Majorshäuser. Entwurf: Arch. B.D.A. A. Engel in Köln.
(Phot. Aufnahmen zum größeren Teil von Phot. Hugo Schmölz, Köln.)

städten und auf Truppenübungsplätzen, in denen noch im letzten Augenblick mit Aufwand erheblicher Kosten durch umfassende Instandsetzungsarbeiten die furcht-

öffentlichen Gebäuden und Saalbauten soweit unberücksichtigt, als sie sich nicht dem vorgesehenen Besetzungsplane einfügten.

Hierbei machten die Besatzungstruppen im allgemeinen selbständig Quartier dort, wo es ihre Absichten erforderten, und die deutschen Einquartierungsämter waren nicht in der Lage, die Interessen der Bevölkerung bei der Quartierverteilung wahrzunehmen, sondern mußten sich zunächst in der Hauptsache darauf beschränken, von der vollzogenen Ingebrauchnahme der Häuser nachträglich Kenntnis zu nehmen. Erst im Verlauf einiger Zeit gelang es, hierin eine gewisse Besserung zu erzielen.

Dann aber wurde die Wohnungsnot noch in größerem Maße vermehrt dadurch, daß das Zuströmen zahlreicher Familienangehörigen der Militärpersonen und Verwaltungsbeamten einsetzte. Dies wurde um so empfindlicher fühlbar, als auch die inzwischen durchgeführte deutsche Demobilmachung eine weitere Verstärkung der Wohnungsnot hervorgerufen hatte und außerdem die ehemalige deutsche Garnisonverwaltung unter dem Namen Reichsvermögensverwaltung für die besetzten Rheingebiete wieder ins besetzte Gebiet eingeführt wurde und einen großen Teil der ehemals von ihr benutzten baulichen Angaben neuerlich für ihre Zwecke in Anspruch nahm.

Das Rheinlandabkommen trifft in Artikel 8 Bestimmung über die Unterbringungspflicht des deutschen Reiches für Familienangehörige der Besatzungsoffiziere. Der Artikel besagt: „Die deutsche Regierung verpflichtet sich, den alliierten und assoziierten Truppen alle für sie erforderlichen militärischen Gebäude zur Verfügung zu stellen In diese Bestimmung sind einbegriffen die Unterkünfte für die Offiziere und Mannschaften sowie Grundstücke für die Theater und Lichtspielhäuser, Sport- und Erholungsplätze für die Truppe in genügender Zahl. Die Mannschaften und Unteroffiziere werden, abgesehen von Fällen außerordentl. Dringlichkeit, in Kasernen untergebracht und nicht bei der Zivilbevölkerung einquartiert . . . Die Zivilbeamten, die Offiziere und ihre Familien dürfen bei der Zivilbevölkerung untergebracht werden“.

Wie viele Bestimmungen des Rheinlandabkommens und des Friedensvertrages, so waren auch diese Gegenstand verschiedener Auslegung durch die deutsche und die Besatzungsbehörde. Die Besatzung verlangte auf ihrer Grundlage für sämtliche zugehörigen Familienangehörigen einschließlich derer der Unteroffiziere und Mannschaften ein standesgemäßes Unterkommen, auch in Wohnungen der Zivilbevölkerung; die deutsche Behörde dagegen bezog ihre Verpflichtung dem Wortlaut des Abkommens entsprechend nur auf Offiziersfamilien. Daß die Besatzungsbehörde ihren abweichenden Standpunkt durchsetzte, bedarf wohl keiner Erwähnung.



Abb. 2. Oberstenhaus. Architekt: Baurat Niggemeyer, Köln.



Abb. 3. Oberstenhaus. Architekt: Reg.-Baumstr. Pohl, Köln.

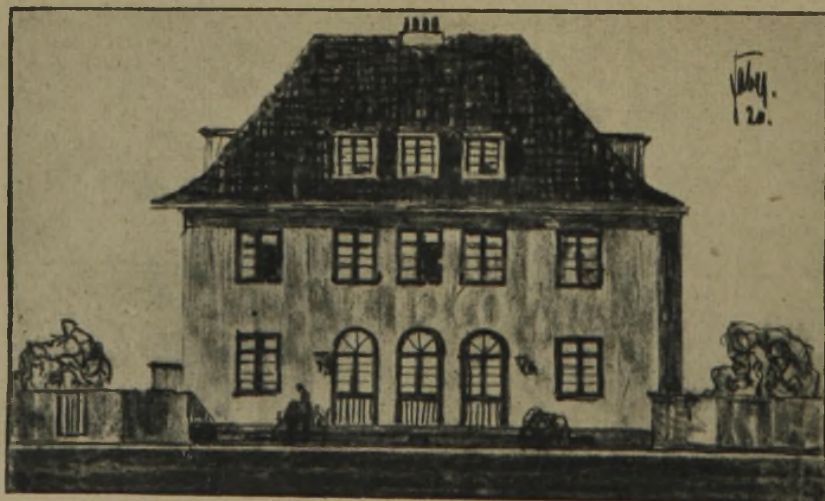


Abb. 4. Oberstleutnantshaus. Arch.: B.D.A. M. Faber, Köln.

baren Zerstörungen der vorausgegangenen Revolutionstage beseitigt waren, sowie die aus der Kriegszeit noch vielerorts vorhandenen Massenquartiere in Schulen,

Neben weit über das Maß der vorhandenen Anlagen hinausgehenden Anforderungen der Besatzung an rein militärischen Gebäuden, Kasernen, Luftschiffhallen, Truppen-Übungsplätzen usw. entstand also auch ein übermäßig starker Bedarf an Wohnhäusern. Es mußten deshalb außerordentliche Maßnahmen zur Schaffung neuer Wohngelegenheiten getroffen werden, wenn man der einheimischen Bevölkerung nicht die Wohnungsmöglichkeit teilweise ganz rauben wollte. Neubauten mußten errichtet werden, die entweder der Besatzung unmittelbar zur Verfügung standen, oder der deutschen Bevölkerung als Ersatz für beschlagnahmte vorhandene Wohnungen zu Gute kamen. Die hieraus entstehenden Lasten konnten, da durch sie lediglich ein Nachteil des besetzten Gebietes dem unbesetzten Gebiete gegenüber zum teilweisen Ausgleich kam, nicht vom besetzten Gebiet getragen werden, sondern fielen, wie alle aus dem Friedensvertrage entspringenden Leistungen, der Reichsregierung zu, ohne Rücksicht darauf, ob die entstehenden Neubauten von der Besatzung auch tatsächlich in Anspruch genommen würden oder nicht.

Die Reichsregierung wurde seitens der betroffenen Gemeinden von der Sachlage unterrichtet und um Bereitstellung der Mittel für Neubauten gebeten. Sie verschloß sich auch nicht grundsätzlich der Einsicht in die Notwendigkeit dieser Maßnahmen. Es bedurfte aber, weil zunächst das Ausmaß des zu erwartenden Familienzuzuges sehr unterschätzt wurde, langwieriger und mit großer Beharrlichkeit geführter Verhandlungen, um zur Verwirklichung der Bauabsichten in vollem Umfange zu gelangen, d. h., um für jede Besatzungsfamilie, die eine Wohnung im besetzten Gebiet beanspruchte, eine neue Wohnung zu schaffen. Und zwar gründete sich die Unterschätzung des Zuzuges zunächst auf die Vermutung, daß die ursprüngliche Stärke der Besatzung sehr bald auf ein wesentlich geringeres Maß herabgemindert würde. Tatsächlich trat dies ein, jedoch die Zahl der Besatzungsfamilien nahm trotzdem erheblich zu, nachdem die Annehmlichkeiten des Wohnens in Deutschland unter der Verbandsbevölkerung bekannt geworden waren.

Die mit Besatzung belegten Gemeinden traten schon bald nach Eintreffen der Besatzung zur Besprechung grundsätzlicher Fragen zusammen und gründeten zur gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen, insbesondere der Reichsregierung gegenüber, den Verband der Stadt- und Landkreise der besetzten Rheingebiete. Ein Bauausschuß dieses Verbandes befaßte sich vorwiegend mit den das Bauwesen betreffenden Fragen. In erster Linie wäre die Reichsvermögensverwaltung für die Durchführung der Bauvorhaben zuständig gewesen. Da aber das Einquartierungswesen aus gewichtigen

Gründen sowohl im Kriegsleistungsgesetz, als auch in dem nach Kriegsende auf der Grundlage dieses



Abb. 5 u. 6. Oberstleutnants-Doppelhäuser. Straßen- und Hinterfront. Arch. A. D. A. J. Ruff, Köln.



Abb. 7. Majorshäuser mit Zentralgarage. Arch. Baurat Niggemeyer und Reg.-Baumeister Geissel, Köln. (Über die Garage, später besondere Veröffentlichung an anderer Stelle.)

Gesetzes erlassenen Okkupationsleistungsgesetzes bei den Gemeindeverwaltungen belassen wurde, so erschien es angezeigt, daß auch die Ausführung der Wohnhaus-

neubauten durch die Gemeindebauämter erfolge, insbesondere auch deshalb, weil hier größte Eile geboten war und die Gemeindebauämter schon für ihre eigenen Bauaufgaben mehr als alle anderen Behörden dazu berufen waren, das nach dem Kriege gänzlich darniederliegende Baugewerbe wieder in Bewegung zu bringen, die private Baustoffherzeugung zu neuem Leben zu erwecken, sie wo nötig selber in die Hand

vermögensverwaltung, vor allem an Orten, wo genügend leistungsfähige Gemeindebauämter nicht vorhanden waren, oder wo es aus organisatorischen Gründen erwünscht war.

Die Besatzung, die nun vor die Frage gestellt war, ob sie die Belassung ihrer Familien im Quartier der Zivilbevölkerung oder deren Unterbringung in eigenen Neubauwohnungen vorzog, nahm zunächst einen sehr



Ab. 8. Oberstleutnantshäuser. Arch. B.D.A. P. Platt, E. Mewes u. W. Kamper, Köln.



Abb. 9. Oberstleutnants-Doppelhaus. Arch. B.D.A. Reg.-Baumstr. Fabricius u. Hahn, Köln.

zu nehmen und den Baustoffmarkt zu beleben; nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bürgerschaft der Gemeinden es war, die die Einquartierungsnot auf sich zu nehmen hatte und von ihrer eigenen Behörde schnellste Abhilfe erwarten konnte, während die örtlichen Bauämter des Reiches mit anderen, ihnen näher liegenden Aufgaben stark belastet waren.

So kam es, daß der größte Teil der Wohnungsneubauten durch die Städte erstellt wurde, während das Reich sich auf die Hergabe der Mittel beschränkte. Einen kleineren Teil der Bauten errichtete die Reichs-

unterschiedlichen Standpunkt ein. An einzelnen Orten wurde von ihr der Gedanke der Absonderung der Besatzungsfamilien von den deutschen Familien mit Lebhaftigkeit aufgegriffen, da die aus dem engen Zusammenleben deutscher und nicht deutscher Familien sich mit Notwendigkeit ergebenden Folgeerscheinungen — entweder unerwünschte Vertraulichkeit oder aber heftige Zwistigkeiten (man denke nur an die gemeinsame Küchenbenutzung!) — weder in der einen noch in der anderen Richtung erwünscht erschienen. Hier wurde die Neubauforderung eindringlich

gefördert und sogar zur Beschleunigung des Bauvorhabens der Requisitionsweg beschritten, wodurch die Bauausführung der freien Entschließung der Reichsregierung entzogen und auf Grund des Friedensvertrages ohne Zeitverlust erzwungen wurde.

In anderen Fällen erklärte sich die Besatzung

ihren eigenen Beobachtungen und gelegentlichen Feststellungen oft recht unsichere Schlüsse zu ziehen.

Im allgemeinen stieg jedoch mit dem Fortschreiten der Bauausführungen das Interesse der Besatzung daran, und es kam sogar vor, daß, nachdem die Gebäude teilweise im Rohbau bereits fertig dastanden,



Ab. 10. Oberstenhaus. Architekt: B.D.A. Franz Seuffert in Köln.



Abb. 11. Oberstleutnants- und Hauptmannshäuser. Architekt: Franz Brantzký.
(Nach einem farbigen Original des Architekten.)

gänzlich uninteressiert an der Frage, gab keinerlei Gewähr für die Ingebrauchnahme der Wohnungen, weigerte sich auch, irgend welche Wünsche oder Bedingungen bezüglich Lage und Gestaltung der Häuser zum Ausdruck zu bringen, so daß die ausführenden Behörden für die Aufstellung des Bau- und Raumprogramms lediglich darauf angewiesen waren, aus

genaue Anforderungen an Zahl und Größe der Wohnungen und Wohnräume für die einzelnen Dienstgrade, Lage der Häuser, Größe der Grundstücke, Höchstzahl der Geschosse usw. gestellt wurden, die naturgemäß vom bereits Ausgeführten mehr oder minder abwichen und kostspielige Umänderungen nötig machten. Im ganzen kann gesagt werden, daß



das Maß der Anforderungen nicht übertrieben war und daß diese sich, abgesehen von einzelnen Landeseigentümlichkeiten, den deutschen Lebensgewohnheiten gut anpaßten. Besonders gilt dies für die Wohnungen der unteren Rangstufen, die vielleicht sogar als bescheiden bezeichnet werden können, während bei den Wohnungen für die hohen Dienstgrade eher von einer oft weitgehenden Hochschraubung der Ansprüche gesprochen werden kann.

Aber auch die engste Anteilnahme der Besatzungsbehörde an den Einzelheiten der Bauausführung schloß nicht aus, daß nach Fertigstellung der Bauten die Besatzungsfamilien lieber die Einquartierung bei deutschen Familien beibehielten, wo sie die Annehmlichkeit der Mitbenutzung von Personal und Gerät des Wohnungseigentümers hatten; ein Teil der Besatzungswohnungen kam aus diesem Grunde seinem ursprünglichen Zweck nicht zu gute. Es war in diesen Fällen immerhin als Gewinn zu buchen, daß solche Wohnungen zur Linderung der Wohnungsnot deutschen Wohnungsuchenden nachher zur Verfügung gestellt werden konnten.

In Einzelfällen aber war auch dies nicht zugänglich, sondern die Wohnungen blieben lange Zeit unbenutzt, da die Besatzungsbehörde sie zu ihrer Verfügung hielt. So wurde die Endabsicht des gesamten Bauvorhabens, die durch die Besatzung bewirkte Verstärkung der Wohnungsnot auszugleichen und die Bewohner des besetzten Gebietes von langjähriger drückender Einquartierungslast freizuhalten, durchaus nicht in vollem Maße erreicht.

Auch die volle Durchführung des Gesamtprogramms wurde nicht erzielt. Nach einer dem Reichstag vorgelegten Nachweisung der Reichsregierung waren am 15. Dezember 1924 von der Besatzung beansprucht 9521 Wohnungen mit 35 051 Zimmern und 7381 Einzelzimmer. Von 14 470 Besatzungsfamilien waren 8264 in Bürgerquartieren und 4786 in Besatzungswohnbauten, der Rest in Kasernenwohnungen usw. untergebracht. Das Reich wird nach Durchführung seines Besatzungswohnbauten-Programms etwa 8000 Wohnungen fertiggestellt haben. Dazu kommen 1633 Holzhausbauten und die für die

Beamten der Reichsverwaltungen bereitgestellten Wohnungen, so daß den rd. 14 000 von der Besatzung verlangten Wohnungen nach Durchführung des Bauprogramms im ganzen etwa 10 500 Reichswohnungen gegenüberstehen. Hiernach fehlen noch 3500 Wohnungen; jedoch sind z. Zt. noch etwa 7000 Privatwohnungen beschlagnahmt. Trotz dieser Sachlage, die damals ein noch ungünstigeres Bild ergab, bestimmte schließlich, nachdem die Geldnot des Reiches während des Ruhreinbruches auf den Höchstpunkt gestiegen war, die damals mit völligem Systemwechsel ins Amt tretende Regierung Stresemann gleichzeitig mit der Stabilisierung der deutschen Währung durch die Rentenmark die Einstellung sämtlicher Wohnungsneubauten und Bauausführungen militärischer Anlagen, soweit ihre Requisition, d. h. Anrechnung auf die deutschen Wiederherstellungszahlungen seitens der Besatzung nicht ausgesprochen war. So einschneidend und enttäuschend diese Maßnahme insbesondere für solche Gemeinden war, die mit ihrem Bauprogramm noch nicht weit vorgeschritten waren, so war sie doch verständlich, weil die rd. 8000, zum Teil erheblich großen Besatzungswohnungen des gesamten besetzten Gebietes eine starke Belastung des Reichssäckels bedeuteten von dem Augenblick an, in dem die Papiermarkwirtschaft aufhörte. Im übrigen aber entsprach das durchaus nicht den Interessen des Reiches, da die mitten in der Bauausführung begriffenen Gebäude sich durch Verkauf im allgemeinen nur sehr unvorteilhaft verwerten ließen. Deshalb wurden auch schließlich wenigstens die Neubauten, die bereits über den Sockel hinaus gediehen waren, in einfachster Form fertiggestellt.

Die von der Besatzung übernommenen Wohnungen mußten auf Reichskosten mit vollständiger Einrichtung an Möbeln und Gerät bis zum letzten Wäschestück ausgestattet werden in demselben Maße, wie solche Anforderungen an Bürgerquartiere gestellt wurden. Die Reichsvermögensverwaltung organisierte die Beschaffung der Einrichtungsstücke im ganzen deutschen Reiche und nahm die Verteilung von Sammlagern aus auf die einzelnen in Betracht kommenden Gemeinden vor. — (Schluß folgt.)

Innenausbau des Berliner Schlosses seit 1912.

In einem interessanten Vortrag vor den Mitgliedern des Arch.- u. Ing.-Vereins zu Berlin zeigte Baurat Schonert, der Leiter des Berliner Schloßbauamtes, an Hand zahlreicher Lichtbilder die seit 1912 im alten Stadtschloß an der Spree vorgenommenen inneren Ausbauten. Im Anschluß an eine Kritik des Schloßmuseums, in der er die übermäßige Anhäufung von Museumsgegenständen und die dadurch hervorgerufene Beeinträchtigung der Schlüter'schen Architektur bedauerte, sprach er über die beiden wichtigsten Bauvorhaben in den letzten Jahren: den Ausbau der Eosander'schen Bildergalerie in den Jahren 1913—15 und die 1924 begonnene Restaurierung der vormals Kaiserlichen Wohnung.

Dem wenig erfreulichen Zustand der Bildergalerie — von einer einheitlichen Raumwirkung war infolge der unkünstlerisch aufgehängten Bilder keine Rede — hat Ihne durch seinen Ausbau ein Ende gemacht. Durch den architektonisch gelungenen Einbau der 6 die Kriegstaten des Großen Kurfürsten darstellenden Gobelins von Mercier und die künstlerische Gestaltung der unfertig gebliebenen tonnenförmigen Decke, erhielt die 60 m lange Galerie ein würdiges Aussehen. Die Gobelinalgalerie gehört wohl zu den besten Leistungen Ihnes im Berliner Schloß, besonders auch hinsichtlich der Zusammenstimmung der Farben zu einer harmonischen Gesamtwirkung. Für die Beleuchtung der Galerie sind Wandarme und Voutenlicht vorgesehen. Es hat sich ergeben, daß diese Beleuchtung hier nicht sehr geeignet ist, da die Unebenheiten in den Deckengemälden stark hervortreten und an den Gesimsen selbst, infolge der Unterbrechungen durch figurliche Stukturen, sich unkünstlerische Schatten und Reflexe zeigen. Der Versuch, kleine Scheinwerfer zur Abstellung der Mängel einzubauen, verschlimmerten das Übel noch. Die Vergoldung ließ Geheimrat von Ihne in echtem Pudergold ausführen, von dem er sich eine festlichere Wirkung ver-

sprach, als von der in Sanssouci wie in Versailles angewandten „Wasservergoldung“ (dorure à l'eau), bei der Blattgold mit Alkohol angetragen wird.

Im Anschluß an die Erneuerung der Bilder- oder jetzt Gobelinalgalerie baute Ihne auch die benachbarten Säle, das sog. Königinnengemach und den Marinesaal aus. Diese Räume gehörten früher zu den altdeutschen Kammern und wurden als Bilderspeicher benutzt. Hatte Ihne bei der Galerie ein feines Verständnis für Zusammenstimmung von Architektur und Farbe bewiesen, so gelang es ihm beim Königinnenzimmer nicht, einen voll befriedigenden Gesamteindruck zu erzielen. Weder die kostbaren Baustoffe — Verde antico und Calacatta — noch die reiche Vergoldung, noch die Farbenfreudigkeit der Decke haben es vermocht, in dem prunkvollen Saal eine zur Schlüter'schen Architektur annähernd harmonische Raumwirkung zu schaffen. Der schon in der Gobelinalgalerie bemerkbare Einfluß der französischen Kunstbildung Ihnes (er vollendete seine Studien an der école des beaux arts in Paris) verstärkt sich bei den Nachbarsälen. Besonders beim Königinnengemach ist seine große Vorliebe für das Barock Ludwigs XIV. sofort zu erkennen. Der reiche ornamentale Schmuck der Türen und Supraporten ist Versailles (salle de l'abondance) fast entlehnt. Einheitlicher, wenn auch nicht ganz so festlich und prunkvoll, ist die Stimmung im benachbarten Marinesaal. Wertvolle Teile der Decke waren hier alt: die Deckenmalerei von Wenzel, die Stukkaturarbeit nach Schlüter.

Eine ihrem eigentlichen Zweck entsprechende Verwendung haben die von Ihne ausgebauten Räume (Königinnengemach und Marinesaal sollten als Speisesaal für die Majestäten und den Hofstaat dienen) nicht mehr gefunden.

Während des Krieges und nach der Staatsumwälzung war an einen weiteren Innenausbau nicht zu denken, da in dieser Zeit selbst die Mittel für die nötigste Unterhaltung der Bausubstanz fehlten.

Erst im vorigen Jahre bestimmte der Wunsch, die zu den interessanten Teilen des Schlosses gehörige, vormals kaiserliche Wohnung der Allgemeinheit zu öffnen, die Kronverwaltung dazu, die an der Schloßplatzseite gelegenen Räume möglichst in ihrem alten Zustande wieder herzustellen. In diesem ehrwürdigen, schon von Friedrich dem Großen und Friedrich Wilhelm IV. bewohnten, Quartier läßt sich eine Baugeschichte von Caspar Theiß über Schlüter, Langhans und Schinkel aufweisen. Die Aufgabe des Architekten bei der Wiederherstellung der Räume ist mehr denkmalpflegerisch als neuschöpferisch. Es ist als Glück zu bezeichnen, daß von einigen Räumen (Langhans, Schinkel) noch die Originalzeichnungen vorhanden sind. Von anderen Gemächern wieder ist der Zustand zur Zeit Friedrich Wilhelms IV. bekannt, der in jüngeren Jahren ihr Aussehen in Aquarellen festhalten ließ.

Die architektonisch interessantesten Räume sind die ehemalige Erasmuskapelle, das Rokokozimmer Friedrichs des Großen, der Teesalon und Sternsaal von Schinkel, das Empfangszimmer des Kaisers (Schlüter), der Pfeilersaal und das Arbeitszimmer der Kaiserin von Langhans. Hier wechseln Renaissance, Barock, Rokoko, Klassizismus.

Der älteste Teil ist die aus dem 16. Jahrhundert (Schloßbau Joachims II.) stammende Erasmuskapelle, die Friedrich der Große durch Einziehung einer Zwischendecke in zwei Teile geteilt hat. Friedrich Wilhelm IV. richtete hier sein Arbeitszimmer ein und ließ von Schinkel die zum Teil noch vorhandene gotische Einrichtung zeichnen. Das reiche netzartige Gewölbe hat Schinkel in meisterlicher Weise farbig behandelt, die Runenstäbe der zierlich verschlungenen Rippen vergoldet. Rippen wie Gurtbögen bestehen aus gutem Cottaer Sandstein. 1894 wurde die Kapelle durch Einziehung von Rabitzwänden in ein Quartier für fremde Fürstlichkeiten umgewandelt. Damals wurde auch die Schinkel'sche Vergoldung überstrichen. Da eine Wiederherstellung der alten Kapelle infolge der Zweiteilung nicht mehr möglich ist, wird der Raum nach Entfernung der Zwischenwände wahrscheinlich in der Gestalt, wie Schinkel ihn unter Friedrich Wilhelm IV. geschaffen hat, allerdings ohne den Abschluß nach dem vorderen Kapellenraum, wieder erstehen.

Wie die Kapelle, so hat auch der Schinkel'sche Teesalon schon manche Änderungen durchgemacht. Die hinter einer hölzernen Verschalung verborgene Architektur (die Skulpturen sind vorsichtig aufbewahrt worden) wird

Vermischtes.

Ein Wolkenkratzer für Rom? Die aus italienischer Quelle stammende, in deutschen Blättern verbreitete Mitteilung, daß in Rom, und zwar im Herzen der Stadt beim Palazzo Chigi, die Errichtung eines etwa 20-geschossigen Hochhauses in Aussicht stehe, hat sich nach zuverlässiger römischer Auskunft nicht bewahrheitet. Die Auskunft lautet in der Uebersetzung: Was man über den Bau eines Wolkenkratzers geschrieben hat, beruht weder auf Wirklichkeit noch auf ernster Absicht. Es ist nur ein unschädlicher (innocuo) „Bluff“. Weder die geldlichen und stadtbaulichen Vorbedingungen Roms würden die amerikanische Höhenentwicklung rechtfertigen, noch würde die Tradition der Umgebung sie gestatten. —

J. St.

Im Anschluß an die Stellungnahme des Herrn Stadtbau-dir. Platz, Mannheim, in Nr. 28 ist es erfreulich, daß diese beruhigende Feststellung vorliegt. —

D. Schriftltg.

Gewerbeschau in Trier. Im Rahmen der Tausendjahrfeier der Rheinlande veranstaltet die Stadt Trier vom 2. August bis 13. September d. J. in den Gebäuden der Handwerker- und Kunstgewerbeschule, den kaufmännischen und den Volksschulen, sowie auf dem städtischen Gelände auf der Deutschen Herrenstraße eine Gewerbeschau, die ein umfassendes und getreues Bild des gewerblichen Schaffens im Regierungsbezirk Trier, im Lande Birkenfeld und im Saargebiet geben soll. Die Ausstellung zerfällt in die Gruppen: „Kunst und Kunstgewerbe“, in der alle Gebiete der Kunst, einschließlich der Architektur, zu Worte kommen, „Handwerk“, die Qualitätsarbeit in den verschiedenen Zweigen des Handwerkes vor Augen führt, „Gewerbe“, in der die Erzeugnisse größerer Betriebe gezeigt werden, „Industrie“, für die eine rd. 2000 qm große Halle gebaut wird, „Landwirtschaft und Gartenbau“ in einer ebenfalls neuen, rd. 1000 qm bedeckenden Halle und „Fachschulwesen“. —

Personal-Nachrichten.

Ehrendoktoren Technischer Hochschulen. Die Technische Hochschule München hat dem Generaldirektor Fritz Neumeyer der Fritz Neumeyer-Akt.-Ges. in

wieder ans Licht gebracht und die leider während des Krieges abgewaschene Deckenmalerei nach Schinkels vorhandener Farbenskizze erneuert. Der klassizistisch in seinen Verhältnissen fein abgewogene Raum ist in seiner aufgelockerten Architektur und mit seinen farbenfreudigen Ölbildern, die Szenen aus der griechischen Götterwelt darstellen, von einer außerordentlich malerischen Wirkung. Leider ist die große vergoldete Exedra, die dem Saal eine besondere Note gab, nicht mehr auffindbar.

Der ebenfalls von Schinkel ausgebaute Sternsaal über dem ersten Schloßportal zeigte nach Entfernung der rotseidenen Wandbespannung wieder seine ursprüngliche Architektur. Der in fast weißem Stuckmarmor gehaltene Raum macht mit seinen vergoldeten Palmetten- und Mäanderornamenten einen sehr festlichen Eindruck.

In dem von Hoppenhaupt dem Älteren geschaffenen Arbeitszimmer Friedrichs II., einem geschmackvollen Kuppelraum mit Rokokodekorationen auf grünlich-blauer Tafelung und einem Bilde der Tänzerin Barberina an der Wand, sowie in dem einstigen Audienzzimmer Friedrichs des Großen mit seinen Schlüter'schen Supraporten wird baulich nichts geändert. Der von Langhans 1791 umgebaute Pfeilersaal, der die für diesen Architekten charakteristische Form hat (Übergang vom Rechteck durch eine Säulenstellung ins Oval), bleibt nach Beseitigung neuzeitlicher Zutaten in seiner ursprünglichen Gestalt bestehen.

Einer der interessantesten Räume ist der in Form und Farbgebung reizvolle kleine Marmorsaal von Langhans, der der Kaiserin wie auch der Gemahlin Friedrich Wilhelms II. als Arbeitszimmer gedient hat. Der achteckige Grundriß geht in eine ovale Decke über. Die ursprüngliche architektonische Ausbildung der Wände läßt sich ohne weiteres nicht mehr überall feststellen, da der Langhans'sche Entwurf vom Jahre 1790 mit einer Aufnahme des Grundrisses von 1794 nicht genau übereinstimmt. Offenbar ist während der Ausführung des Baues — wie das so oft geschieht — Manches gegenüber dem ursprünglichen Entwurf geändert worden.

Nach Fertigstellung des Ausbaues im Herbst — die Oberleitung hat Oberbaurat Geyer, während die Ausführung in den Händen des Baurats Schonert liegt — wird der Allgemeinheit durch die Kronverwaltung ein wertvolles Kapitel deutscher Baukunst zugänglich gemacht werden können. —
G. W.

München in Anerkennung seiner großen Verdienste um die Förderung der bayerischen Industrie, insbesondere um die Einführung des Groß-Wasserturbinenbaues in Bayern die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. —

Dem Geh. Ob.-Bergrat Röhrig, Generaldirektor der Preuß. Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges. zu Berlin, hat die Technische Hochschule Darmstadt „in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Förderung der Wärmetechnik und Wärmewirtschaft“ die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. —

Ehrendoktor der Universität Münster. Aus Anlaß der Übergabe und Einweihung der klinischen Neubauten in Münster i. W. hat die Universität Münster u. a. dem Ministerialrat in der Hochbauabt. des preuß. Finanzministeriums, Max Schindowski in Berlin, die Würde eines Doktors der Medizin ehrenhalber verliehen, „um ihm damit bei der Eröffnung der Medizinischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität den Dank für seine verständnisvolle Arbeit bei dem Entwurf und der Ausführung der Bauten ihrer Kliniken und Institute auszudrücken“. —

Rektoren Technischer Hochschulen. Das Preuß. Staatsministerium hat die Wahl des ord. Professors Geh. Reg.-Rat Dr. Orlich zum Rektor der Technischen Hochschule Berlin für die Amtszeit vom 1. Juli 1925 bis Ende Juni 1926 bestätigt. —

Zum Direktor der Technischen Hochschule Wien wurde für das Winterjahr 1925-26 der ordentl. Professor der Physik Hofrat Dr. phil. Heinrich Macha gewählt. —

Ernennungen. Als Nachfolger des Prof. Rudeloff ist Unterstaatssekretär a. D. Dipl.-Ing. Wichard v. Moellendorf zum Direktor des Staatl. Materialprüfungsamtes in Berlin-Dahlem nunmehr ernannt worden.

Der Berliner Architekt Albert Gebner, Mitglied der Akademie der Künste, bisher Privatdozent an der Technischen Hochschule Berlin, wurde zum außerordentlichen Professor in der Abteilung für Bauwesen daselbst ernannt. —

Lehraufträge. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat dem Reg.-Baurat Boerschmann einen Lehrauftrag für „Ostasiatische Baukunst an der Technischen Hochschule zu Berlin erteilt. —

Dem Reg.-Baumeister Dr.-Ing. Georg Blaß zu Darmstadt wurde die Lehrberechtigung für Baukonstruktionen in Verbindung mit maßstäblichem Aufnehmen und perspektivischem Darstellen an der Technischen Hochschule zu Darmstadt erteilt. —

Neubesetzte Stadtbauratsstelle. Architekt Ernst May, Direktor der Schlesischen Heimstätte, provinziellen Wohnungsfürsorge-G. m. b. H., wurde zum Stadtrat für Hochbau und Städtebau in Frankfurt a. M. gewählt. —

Offene Stadtbauratsstellen. Die Stelle eines Stadtbaurats (Magistratsmitglied) in Stralsund ist neu zu besetzen. —

Wettbewerbe.

Einen Wettbewerb zum Entwurf zu einem neuzeitlichen Geschäftshaus an der Königstraße in Stuttgart schreibt die Bau-Abt. des Finanzministeriums in Stuttgart mit Frist zum 15. Sept. d. J. unter Architekten württemberg. Staatsangehörigkeit und in Württemberg ansässigen reichsdeutschen Angestellten aus. An Preisen sind ausgesetzt ein I. Preis von 4000, zwei II. Pr. von je 3000, zwei III. Pr. von je 2000, 3 Ankäufe zu je 1000 M. Anderweite Verteilung der Preissumme bleibt dem Preisrichter vorbehalten.

Im Preisgericht die Herren: Präsid. Otto Kuhn, Vorst. d. Bauabt. i. Finanzmin.; Ob.-Brt. Hans Daiber, dgl.; Prof. E. Fahrenkamp, Düsseldorf, Geh. Brt. Prof. Dr.-Ing. Theod. Fischer, München; Arch. Fritz Höger, Hamburg; Ob.-Brt. Dr.-Ing. P. Otto, Vorst. d. Stadtverw.-Amtes i. Stuttgart. Unterlagen gegen 5 M., die zurückerstattet werden, vom Sekretariat d. Bauabt. i. Finanzmin., Stuttgart, Militärstr. 5. —

Einen allgemeinen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Umgestaltung der ehem. Ausstellungshalle in Olmütz zu einem Konzert- und Theatersaal hat die Bau- und Heimstättengenossenschaft m. b. H. daselbst mit Frist zum 20. September d. J. ausgeschrieben. Ausgesetzt sind drei Preise von je 6000, 3000, 2000 Kr. oder statt des III. Preises vier Trostpreise zu je 500 Kr. Die Zusammensetzung der Preisrichter nennt die Ausschreibung nicht. Sie ist jedoch aus den Unterlagen zu ersehen, die gegen 50 Kc. oder 6 GM. oder 10 Schilling von der deutschen Kanzlei in Olmütz, Wassergasse 22, erhältlich sind. —

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine neue St. Bonifatius-Jubiläums- und Gedächtniskirche in Frankfurt a. M., Sachsenhausen, wird von der „Deutschen Gesellschaft für christliche Kunst e. V.“, München, Wittelsbacher Platz 2, mit Frist zum 3. August d. J. unter allen deutschen Architekten, mit Ausnahme der bayerischen, die der Gesellschaft als Mitglied angehören, ausgeschrieben. Die Einschränkung erfolgte auf ausdrücklichen Wunsch der Kirchenverwaltung. Bausumme für Kirche mit Pfarrhaus 350 000 M. Ausgesetzt sind 5500 M. für drei Preise und zwei Ankäufe. Dem Preisgericht, bestehend aus: Die Jury der Deutschen Gesellschaft für christliche Kunst, vier weiteren Architekten, fünf Vertretern Frankfurts, gehören u. a. an Reg.- u. Brt. Karl Ackermann, Frankfurt a. M., die Arch. B. D. A. Prof. Oswald Bieber, Reg.-Brt. Georg Buchner, Willy Erb, sämtlich in München, Prof. Wilhelm Kreis, Düsseldorf, Prof. Dr. Georg Lill, Hauptkonservator am bayer. Nationalmuseum, München, und die Kunstmaler Prof. Josef Schmuderer, Hauptkonservator am Landesamt für Denkmalpflege, Paul Thalheimer, und Prof. Gebhard Fugel, sämtlich in München. —

Zum Ideen-Wettbewerb Polytechnikum Friedberg i. H. teilt der Bürgermeister mit, daß auch „außerhalb des Freistaates Hessen ansässige Absolventen des Polytechnikums Friedberg zugelassen sind“. Meldeschluß 15. August 1925. —

Zum Wettbewerb um Vorentwürfe für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes der Ritterschaftl. Brand-Versicherungs-Ges. zu Rostock wird uns mitgeteilt, daß auch der dem Preisgericht angehörende Lektor für Kunstgeschichte an der Universität Rostock, Dr. Gehrig, ursprünglich Architekt, als Bausachverständiger zu gelten hat; damit wären also, wie es den Grundsätzen für das Verfahren bei Wettbewerben entspricht, die Fachleute im Preisgericht doch in der Mehrzahl. —

Im Wettbewerb zur Erlangung von Ideenskizzen für den Bau eines Kreisverwaltungsgebäudes des Kreises Züllichau-Schwiebus ist vom Preisgericht, dem Ob.-Reg.- u. Brt. Kusel, Reg.- u. Brt. Müchel, beide in Frankfurt a/O., Reg.- u. Brt. Rumpf und Arch. Gustav Müller, beide in Züllichau, angehörten, kein Entwurf mit dem I. Preis ausgezeichnet worden. Vielmehr erhielten einen II. Preis von je 1000 M. Maurerstr. Alfred Rau, Züllichau und Arch. Hans Brandt, Berlin; einen

III. Preis von 500 M. Arch. Peter, Frankfurt a/O. Für je 250 M. wurden angekauft die beiden Entwürfe von Arch. Hans Kleinert, Oels/Schles., und Arch. Max Werner, Berlin. —

Im Wettbewerb für ein Gefallenen-Ehrenmal in Heiligenstadt erhielten bei 45 eingegangenen Entwürfen den I. Pr. von 500 M. Bildh. Ohly, Frankfurt a. M., den II. Pr. von 300 M. Arch. Greiner, Saalburg; den III. Pr. von 200 M. ebenfalls Arch. Greiner. Zum Ankauf wurden empfohlen die Entwürfe des Arch. Rud. Merkel, Halle a/S. und des Arch. D. W. B. Karl E. H. Schmiedt, Kassel-Wilhelmshöhe. —

Im Wettbewerb um Entwürfe für ein Kriegerdenkmal in Würzburg waren 99 Entwürfe von 89 Verfassern eingegangen. Es erhielten: den I. Pr. Reg.-Bmstr. Kleinstaub u. Niedermaier, Arch. u. Bildh. Heuler, sämtlich in Würzburg; einen II. Pr. für die gleichen Verfasser; einen III. Pr. Bildh. Julius Dorer in München; einen IV. Pr. Arch. Eugen Dreisch in München; einen II. u. IV. Pr. Arch. Fuchsberger und Bildh. Hans Faulhaber in München. —

Im Wettbewerb für das städtische Verwaltungsgebäude in Senftenberg wurden unter den 71 eingegangenen Entwürfen statt des vorgesehenen I. und II. Preises zwei gleiche Preise zu je 1000 M. zuerkannt Arch. Vogel in Grube Marga und Reg.-Baumeister Eduard Borrmann, Berlin-Wilmersdorf, ferner der III. Preis von 500 M. Arch. Max Krautschick, Dresden. Ankäufe entfielen auf den akad. Arch. Heinrich Kühn, Leipzig, (Inh. d. Fa. Reichel & Kühn, daselbst) und Arch. Hermann Günther, Taucha (Bez. Leipzig) mit Arch. A. C. Günther, Leipzig-Lindenu. Zum Ankauf empfohlen wurde die Arbeit von Arch. Otto Peter, Frankfurt a. O. —

In einem engeren Wettbewerb für die zwei Ehrenporten zum Sächsischen Sängerbundfest in Dresden, die an der Fürsten- und Blumenstraße daselbst Aufstellung finden, wurden die Pläne des Architekten B. D. A. J. M. Krautschick zur Ausführung angenommen. —

Im Wettbewerb zur Beantwortung der Frage: „Welche baukünstlerische Aufgabe in Groß-Berlin ist die wichtigste und volkstümlichste?“ wurden bei 97 Teilnehmern drei der zahlreichen Vorschläge, die für die Entwicklung der Lindenachse eintreten, mit den ersten Preisen ausgezeichnet. I. Preis Arch. Erich Karweik, Berlin W.; je einen II. Preis Dr.-Ing. Paul Zucker, Charlottenburg, Dr. Hans Cürlis, Berlin W. Ferner gelangten zur Verteilung fünf III. Preise an Reg.-Bmstr. a. D. Ernst Runge, Charlottenburg, Ob.-Brt. Walter Koeppe, Berlin-Hermsdorf, Reg.-Bmstr. Alfred Gellhorn, Berlin-Schöneberg, Dipl.-Ing. Hans Stephan, Berlin-Friedenau, Arch. Hans Scharoun, Insterburg, und schließlich noch 25 Trostpreise. — Das Ergebnis dieser ersten Preisfrage ist Gegenstand eines zweiten Wettbewerbs, den der Verlag Ernst Wasmuth A.-G. mit Frist zum 1. Okt. d. J. unter den Abonnenten seiner Zeitschriften ausgeschrieben hat, und in dem durch Ideenskizzen die Frage „Wie soll Berlins Hauptstraße unter den Linden sich im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts gestalten?“ zu beantworten ist. Preisrichter sind wiederum die Herren Städtebaudir. Elkart, Prof. Poelzig, Prof. Fahrenkamp, Prof. Dernburg, Dr. Werner Hegemann und Günther Wasmuth. —

In einem engeren Wettbewerb um Entwürfe für ein Rathaus der Gemeinde Forbach im Murgtal, zu dem Karlsruher sowie auch einige Architekten außerhalb Karlsruhe aufgefordert waren, erkannte das Preisgericht den Arch. B. D. A. Betzel und Langstein, Karlsruhe, den I. und III. Preis, dem Arch. B. D. A. Reg.-Bmstr. Alfred Fischer, Karlsruhe, den II. Preis zu. —

Im Wettbewerb um Entwürfe für die Gewerbeschule in Geislingen a. d. N. (Württemberg) entfiel unter 107 Entwürfen der I. Pr. auf Alfred Joller, der II. Pr. auf Prof. Paul Bonatz, der III. Pr. auf Dipl.-Ing. Tiedje u. Offenberger, sämtlich in Stuttgart. Zum Ankauf empfohlen die Entwürfe der Arch. Ob.-Brt. Eisenlohr und Pfennig und Reg.-Bmstr. L. Eisenlohr, Stuttgart, Dr.-Ing. Alfred Schmidt, Stuttgart, Eugen Essig, Degerloch, Fritz Fischle Stuttgart (Mitarb. Dipl.-Ing. Kiemle & Weber, Stuttgart) und Dipl.-Ing. W. Blaich mit Hannes Meyer, Ulm. —

Inhalt: Die Unterbringung der Besatzung im Rheinland. — Innenausbau des Berliner Schlosses seit 1912. — Vermischtes. Personal-Nachrichten. — Wettbewerbe. —

Bildbeilage: Wohnhausbauten für die britische Besatzung in Köln. Oberstenhaus. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Eiselen in Berlin. Druck: W. Büxenstein, Berlin SW 48.



WOHNHAUSBAUTEN FÜR DIE BRITISCHE BESATZUNG IN KÖLN / OBERSTHAUS
ARCHITEKT: H. J. SCHRÖDER, ARCHITEKT B. D. A., KÖLN
DEUTSCHE BAUZEITUNG. LIX. JAHRGANG 1925. NR. 53